

Gedenken – um der Zukunft willen

Verfolgung Landtag erinnert an Opfer der NS-Diktatur

Von unserer Chefreporterin Ursula Samary

■ **Rheinland-Pfalz.** „Die Zerbrechlichkeit des Rechtsstaats“ – dieses warnende Leitthema stellt der Landtag am Holocaust-Gedenktag bei seiner Sondersitzung im Koblenzer Justizzentrum in den Mittelpunkt, als Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Ehrengäste der Opfer des Naziterrors gedenken. Als der Landtag die Rolle der Justiz in der NS-Diktatur beleuchtet, mahnt er, aktuelle Lehren zu ziehen – um der Zukunft willen.

Landtagspräsident und Jurist Hendrik Hering (SPD), Vize-Ministerpräsident und Jurist Volker Wissing (FDP) sowie der Jurist und Rechtshistoriker Michael Stoll-eis wollen mit dem Erinnern den Opfern des NS-Willkürstaats ihre Würde zurückgeben. Dabei betonen sie: Die Opfer sind Verpflichtung, die Rechte und Würde eines jeden Menschen zu achten. An dem Ort, an dem Stolpersteine an die wegen ihrer jüdischen Abstammung von Nationalsozialisten verfolgte Juristenfamilie Landau erinnern, richten Redner den Blick darauf, dass sich Juristen zu Handlangern eines verbrecherischen Regimes machten.

Hering spricht von „furchtbaren Juristen“, die zu Instrumenten des Terrors und der Unterdrückung“ wurden: Sie formulierten Rasse-gesetze, sie vollstreckten bestehende Gesetze im Sinn der Nazi-



Abgeordnete, Regierungsmitglieder und Ehrengäste gedenken im Koblenzer Justizzentrum Millionen von NS-Opfern. Sie beleuchten dabei die Rolle der Justiz als tragende Säule des Terrors. Zugleich fordern sie alle Bürger dazu auf, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen.

Foto: Sascha Ditscher

Ideologie, sie fällten Todesurteile. Aber: Die Schuld von Richtern, die aus Recht Unrecht machten, wurde trotz barbarischer Urteile nach 1945 nur „mangelhaft aufgearbeitet“, während Überlebende teils Jahrzehnte auf Entschädigung oder Rehabilitation warten mussten, stellt Hering kritisch fest. Dies war „die zweite Schuld“, sagt der Landtagspräsident, als er Juden, Sinti, Roma, psychisch Kranken, Behinderten, Homosexuellen und allen Menschen gedenkt, die von den Nazis verfolgt,

verschleppt und ermordet wurden. Für Hering hat Gedenken hohen Wert: „Die Erinnerungskultur hat entscheidend zum Erfolg der Demokratie in der Bundesrepublik beigetragen“, aber auch zur Aussöhnung mit anderen Staaten. „Erinnern an den Holocaust ist Teil der deutschen Identität“, ist der Präsident überzeugt.

Vize-Regierungschef Wissing warnt in Koblenz, der inoffiziellen Justizhauptstadt des Landes: „Die Haut der Zivilisation ist dünn.“ Auch ein demokratischer Rechtsstaat könne pervertiert werden. Für Wissing gehört zur „Erinnerung um der Zukunft willen, allen Formen von Hass und Vorurteilen den Nährboden zu entziehen und keine Ressentiments zu schüren“. Jeder Mensch ist, so mahnt Wissing, als Individuum zu achten und „als wertvoller Teil unserer Gesellschaft anzunehmen“. Leider würden einige politische Äußerungen dieser Verantwortung für die freiheitlich-demokratische

Grundordnung nicht gerecht. Damit schlägt der Liberale in der vom Jugendkammerchor der Sing-schule Koblenz musikalisch umrahmten Feierstunde den Bogen zu aktuellen gesellschaftlichen Konflikten und politischem Streit – auch im Landtag, dem heute die AfD angehört.

Wie zerbrechlich der Rechtsstaat ist, zeigt sich aktuell für den früheren Direktor des Frankfurter Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, Michael Stolleis, weltweit. Autokratische Regierungen versuchen, sich die Justiz gefügig zu machen – nicht nur in Polen, Ungarn und der Türkei. Mit Blick auf die Gegenwart und die NS-Zeit warnt er: „Versagen die Sicherungen des Rechtsstaats, dann werden nicht nur Schleusen geöffnet für die verbrecherischen Energien eines Diktators oder seiner Clique, sondern auch für die niedrigen Instinkte der Basis.“ Daher appelliert der Historiker: „Der Rechtsstaat ist in

uns“ – jeder muss ihn mit Respekt und Anstand leben. Der Rechtsstaat ist, so Stolleis, ein immer neu zu schaffendes Gut und Bestandteil von Grundüberzeugungen, die Europa zusammenhalten.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), die am Gedenktag Termine in Berlin hat, fordert dazu auf, „sensibel für aktuelle Gefahr zu sein und Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus in aller Entschiedenheit zu bekämpfen, egal, in welchem Gewand sie daherkommen“. Auch CDU-Chefin Julia Klöckner sagt: „Unsere historische Verantwortung mahnt uns, denjenigen entschlossen entgegenzutreten, die zu Hetze und Gewalt motivieren. Für sie darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben.“

Seit 1998 gedenkt der Landtag am 27. Januar der NS-Opfer. Dabei nimmt er immer ein anderes Thema in den Fokus. 85 Jahre nach der Machtergreifung Adolf Hitlers ist es die Rolle der Justiz.

Hubig: Alle Schüler sollen Gedenkstätten aufsuchen

Der Besuch einer Gedenkstätte zu den Verbrechen in der NS-Zeit sollte nach Ansicht von Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) künftig für alle Schüler ein fester Bestandteil des Un-

terrichts sein. Die Ministerin erneuerte zum Holocaust-Gedenktag am Samstag eine vergangene Woche vorgebrachte Idee. Der Besuch einer Gedenkstätte sei vielmehr ein dringlicher, als es ein

Buch sein kann, begründete Hubig. „Denn nur so können wir eine Kultur gegen das Vergessen etablieren und unsere Schüler starkmachen gegen Extremismus und Hass.“